

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 8. Dezember 1982
am Donnerstag, dem 9. Dezember 1982

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann (CDU/CSU)	96, 128	Frau Dr. Hartenstein (SPD)	92, 107
Baack (SPD)	58, 59	Herberholz (SPD)	88, 89
Becker (Nienberge) (SPD)	135, 136	Hinsken (CDU/CSU)	150
Bernrath (SPD)	133, 134	Huonker (SPD)	54, 55
Berschkeit (SPD)	69	Dr. Hupka (CDU/CSU)	70, 99
Frau Blunck (SPD)	91, 100	Dr. Jens (SPD)	75
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU)	20, 21	Dr. Jobst (CDU/CSU)	124, 125
Börnsen (SPD)	141, 142	Jungmann (SPD)	18, 90
Boroffka (CDU/CSU)	34, 35	Kirschner (SPD)	122, 123
Broll (CDU/CSU)	32, 33	Klein (Dieburg) (SPD)	147, 148
Dr. von Bülow (SPD)	156, 158	Kretkowski (SPD)	129, 130
Collet (SPD)	13, 14	Dr. Kreuzmann (SPD)	131, 132
Conradi (SPD)	26, 27	Dr. Kübler (SPD)	24, 25
Dr. Czaja (CDU/CSU)	19, 93	Dr. Laufs (CDU/CSU)	30, 31
Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD)	53	Lennartz (SPD)	65, 66
Egert (SPD)	120, 121	Frau Dr. Martiny-Glotz (SPD)	76, 78
Eigen (CDU/CSU)	108, 109	Matthöfer (SPD)	143, 144
Feile (SPD)	63, 64	Müller (Schweinfurt) (SPD)	101, 102
Fischer (Osthofen) (SPD)	39, 46	Müntefering (SPD)	67, 68
Dr. Friedmann (CDU/CSU)	29, 60	Nehm (SPD)	97, 98
Gansel (SPD)	84, 85	Neumann (Bramsche) (SPD)	8, 23
Gnädinger (SPD)	42, 43	Dr. Nöbel (SPD)	145, 146
Haase (Fürth) (SPD)	73, 74	Oostergetelo (SPD)	9, 10
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	16, 17	Paterna (SPD)	4, 5

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Pauli (SPD)	12	Dr. Schwenk (Stade) (SPD)	44, 45
Peter (Kassel) (SPD)	113, 114	Dr. Sperling (SPD)	152, 153
Poß (SPD)	154, 155	Dr. Spöri (SPD)	71, 72
Purps (SPD)	103, 104	Frau Steinhauer (SPD)	116, 117
Frau Renger (SPD)	115	Stiegler (SPD)	47, 48
Reschke (SPD)	127	Dr. Struck (SPD)	56, 57
Dr. Riedl (München) (CDU/CSU)	28	Stutzer (CDU/CSU)	105, 106
Dr. Rose (CDU/CSU)	82, 83	Thüsing (SPD)	11, 22
Roth (SPD)	79, 81	Tietjen (SPD)	126, 151
Sauer (Salzgitter) (CDU/CSU)	38	Dr. Ueberschär (SPD)	49, 50
Dr. Schachtschabel (SPD)	157	Volmer (CDU/CSU)	36, 37
Schäfer (Offenburg) (SPD)	1, 2	Wallow (SPD)	94, 95
Schätz (SPD)	139, 140	Weirich (CDU/CSU)	149
Dr. Scheer (SPD)	3	Dr. Wieczorek (SPD)	77, 80
Schlatter (SPD)	61, 62	Wieczorek (Duisburg) (SPD)	118, 119
Schmidt (München) (SPD)	40, 41	Dr. de With (SPD)	51, 52
Schmitt (Wiesbaden) (SPD)	15, 110	Wolfram (Recklinghausen) (SPD)	6, 7
Dr. Schöfberger (SPD)	86, 87	Würtz (SPD)	111
Schreiner (SPD)	112	Wuttke (SPD)	137, 138

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	12
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	17
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	19
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	19
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	22
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	23

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) In welchem Umfang gehen der Chef des Bundeskanzleramtes und der Leiter der Abteilung „Innere Angelegenheiten und Planung“ im Bundeskanzleramt Nebentätigkeiten, insbesondere Lehrverpflichtungen nach, und wie hoch ist der zusätzliche Aufwand hierfür im Vergleich zu ihren dienstlichen Verpflichtungen im Bundeskanzleramt?
2. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) Nehmen die beiden Professoren für die Erfüllung dieser Tätigkeiten sachliche und personelle Mittel des Bundeskanzleramtes in Anspruch?
3. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD) Darf ich als Selbstverständlichkeit unterstellen, daß Artikel 66 des Grundgesetzes für alle Mitglieder der Bundesregierung Anwendung findet, und trifft es zu, daß kein Mitglied der Bundesregierung einen anderen Beruf ausübt?
4. Abgeordneter
Paterna
(SPD) War der Bundesregierung bekannt, daß Staatssekretär Stolze mit Erklärung vom 21. April 1982 die persönliche Haftung für die vollständige und rechtzeitige Einzahlung der restlichen Stammeinlage von 120 000 DM durch seine Ehefrau bei der Merka-Media Gesellschaft für Kommunikation und Finanzberatung mbH übernommen hat, und bleibt die Bundesregierung weiterhin bei ihrer Antwort auf meine Frage vom 26. November, daß der Regierungssprecher kein „Engagement“ (laut Duden Verpflichtung/Bindung) bei einer Gesellschaft habe?
5. Abgeordneter
Paterna
(SPD) Teilt die Bundesregierung weiterhin die in der Bundespressekonferenz am 24. November 1982 getroffene Einschätzung des Regierungssprechers, er habe kein Engagement bei der Merka-Media Gesellschaft für Kommunikation und Finanzberatung mbH und sehe deshalb keinen Interessenkonflikt auch dann, wenn die persönliche Haftung gegenüber der Merka-Media mbH auch zum Zeitpunkt der Entsendung Stolzes durch die Bundesregierung in den Fernsehrat des ZDF noch bestanden hat?
6. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) Hat der in der Zeitschrift „Die Zeit“, Nr. 47, vom 19. November 1982, veröffentlichte Briefwechsel zwischen der Nürnberger Schülerin und Bundeskanzler Dr. Kohl in dieser Form stattgefunden, und was hat sich das Kanzleramt dabei gedacht?
7. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) Teilt der Bundeskanzler persönlich die in seinem Auftrag erteilte Antwort, und ist das der Stil, in dem Bundeskanzler Dr. Kohl den Dialog mit der Jugend führen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

8. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD) Ist der Bundesregierung die Zahl der vietnamesi-Bootsflüchtlinge bekannt, die nach Beendigung der Tätigkeit der „Cap Anamur“ geflohen sind, und wie beurteilt die Bundesregierung den vielfach gemachten Vorwurf einer Sogwirkung der „Cap Anamur“?

9. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Einsatz des französischen Rettungsschiffes „La Geole“ unter dem Gesichtspunkt einer internationalen Aktion, und wäre ein gemeinsamer Einsatz der „La Geole“ und der „Cap Anamur“ nach Auffassung der Bundesregierung eine internationale Aktion?
10. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit im Rahmen ihrer EG-Präsidentschaft für einen erneuten Versuch einer EG-weiten Aktion zu Gunsten vietnamesischer Flüchtlinge, und wäre die Bundesregierung bereit, im Rahmen einer solchen Aktion entsprechende Übernahmegarantien abzugeben?
11. Abgeordneter
Thüsing
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit im Rahmen ihrer EG-Präsidentschaft für einen erneuten Versuch einer EG-weiten Aktion zu Gunsten vietnamesischer Flüchtlinge, und wäre die Bundesregierung bereit, im Rahmen einer solchen Aktion entsprechende Übernahmegarantien abzugeben?
12. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Herr Ibrahim Fares, der seit 1973 in der Bundesrepublik Deutschland lebt, mit der deutschen Staatsangehörigen Theresia Fares verheiratet ist und mit Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung in dem Marienkrankenhaus von Berlin-Kreuzberg arbeitet, seit Anfang Juni 1982 nach Antritt einer Urlaubsreise in Beirut/Libanon in dem von israelischer Verwaltung geführten Gefangenenlager in Ansar festgehalten wird, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, eine sofortige Freilassung zu erwirken?
13. Abgeordneter
Collet
(SPD)
- Auf welche Weise will die Bundesregierung dazu beitragen, daß die Genfer Verhandlungen über den NATO-Doppelbeschluß zum Erfolg führen, wie es der Bundeskanzler anläßlich seines USA-Besuchs angekündigt hat, und inwieweit will sich die Bundesregierung dabei die Unterstützung aller demokratischen Parteien und die moralisch-öffentliche Unterstützung aller Mitbürger sichern, die sich derzeit besonders für den Frieden engagieren?
14. Abgeordneter
Collet
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die derzeitige Genfer „Geheimdiplomatie“ nicht ausreicht, um die Bürger in der Bundesrepublik Deutschland, in Europa und in der Welt erkennen zu lassen, was in Genf passiert, und wer durch schuldhaftes Verzögern den Verhandlungserfolg gefährdet, und ist die Bundesregierung bereit, auf eine Informationsverbesserung hinzuwirken, um auch auf diese Weise zu einem Erfolgswang beizutragen?
15. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung letzte Meldungen von Verfolgungen und Hinrichtungen der Baha'i im Iran bestätigen, und welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, um diesen Verfolgungen der Baha'i entgegenzuwirken?
16. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-
Brücher
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß das Interesse an Deutsch als Fremdsprache — nach einem Bericht des Goethe-Instituts — weltweit rückläufig ist, und woran liegen nach Kenntnis der Bundesregierung die Ursachen hierfür?

17. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hamm-
Brücher
(FDP)** Gibt es Überlegungen, um das Interesse für Deutsch als Fremdsprache verstärkt zu fördern, und wenn ja, durch welche Maßnahmen?
18. Abgeordneter
**Jungmann
(SPD)** Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung der amerikanischen Regierung zugesichert hat, daß keine neuen Verträge über Lieferungen von Erdgas aus der Sowjetunion vereinbart werden dürfen, bevor nicht gemeinsame Studien über westliche Energievorräte abgeschlossen worden sind?
19. Abgeordneter
**Dr. Czaja
(CDU/CSU)** Wird die Bundesregierung aus Rumänien stammende deutsche Volkszugehörige, die in der Bundesrepublik Deutschland ihren ordentlichen Wohnsitz genommen haben oder auch eingebürgert worden sind, vor dem Versuch der Sozialistischen Republik Rumänien wirksam schützen, ihre in der Bundesrepublik Deutschland oder im sonstigen Ausland gelegenen Güter und Guthaben einzuziehen (vergleiche Artikel 7 des Dekrets des Staatsrats der Sozialistischen Republik Rumänien über die Behandlung von Personen, die sich im Ausland niedergelassen haben), und wird sie nachdrücklich gegen die Völkerrechtswidrigkeit dieser Drohung protestieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

20. Abgeordneter
**Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)** Sieht die Bundesregierung eine Notwendigkeit und eine Möglichkeit, mit der DDR zu Vereinbarungen zu kommen, die zum Ziel haben, eine gegenseitige Unterrichtung über grenznahe Kernanlagen, über Störfälle in denselben und die Zusammenarbeit bei Störfällen zu regeln?
21. Abgeordneter
**Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)** Könnte der kürzlich abgeschlossene Kernkraftsicherheitsvertrag zwischen der Republik Österreich und der CSSR unter Berücksichtigung der innerdeutschen Besonderheiten als Modell für eine Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR dienen?
22. Abgeordneter
**Thüsing
(SPD)** Worin liegen nach Auffassung der Bundesregierung die besonderen Schwierigkeiten für eine nochmalige Aufnahmeaktion von 1500 vietnamesischen Flüchtlingen in den nächsten zwölf Monaten, und ist der Bundesregierung bekannt, daß allein Frankreich monatlich 1500 Flüchtlinge aufnimmt?
23. Abgeordneter
**Neumann
(Bramsche)
(SPD)** Welches sind nach Auffassung der Bundesregierung die ganz bestimmten, engen Voraussetzungen, unter denen Bund und Länder auf Grund ihrer Besprechung vom 5. März 1982 bereit sind, ausländische Flüchtlinge aufzunehmen?
24. Abgeordneter
**Dr. Kübler
(SPD)** Wie viele Staatssekretäre und wie viele Ministerialdirektoren sind seit der Regierungsübernahme durch Bundeskanzler Dr. Kohl in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden?

25. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Bei wie vielen der elf Staatssekretäre und 14 Ministerialdirektoren, die — nach einer Antwort der Bundesregierung (Drucksache 8/2679 vom 16. März 1982) auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU — im Jahr 1969 in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurden, erfolgte dies nach dem Regierungswechsel?
26. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Welchen Sinn haben die regelmäßigen bundesweiten Sirenenproben angesichts der drastischen Verkürzung der Vorwarnzeiten von Raketenangriffen, und wie soll sich die Bevölkerung nach Auffassung der Bundesregierung im Ernstfall nach einem solchen Sirenenalarm verhalten?
27. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Schutzbunker gegen Atomwaffen wenig Sinn haben und angesichts der Fortentwicklung der Atomwaffen der Bau von Schutzbunkern nicht mehr vertretbar ist?
28. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch die auf Grund von Feststellungen und Schätzungen der Polizei in den Jahren 1980 und 1981 und in diesem Jahr bis heute durch gewaltsame Ausschreitungen im Zuge von Demonstrationen verursachten Schäden zu beziffern sind?
29. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, eine Änderung des Fluglärmgesetzes dahingehend zu veranlassen, daß Bauauflagen, deren Kosten von privaten Hauseigentümern getragen werden müssen, entfallen?
30. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über die Durchdringung der Friedensbewegung durch die DKP und ihres organisierten Umfeldes vor, welche die von Rudolf Bahro in der Publikation „Wahnsinn mit Methode“ (Berlin 1982) dargestellten Beobachtungen bestätigen, daß bei Aktionskonferenzen vielfach eine organisatorische Übermacht und eine Überrepräsentation des DKP-Spektrums gegeben sei, wobei es sich meist um die „eher sanften, freundlichen Leute, die jetzt hier die Vorfeldarbeit besorgen“ handle, bei denen aber, wenn man sie kratze, „der harte Kern, die Ordensnatur der stalinistischen Partei“ zum Vorschein komme?
31. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die in einem Entwurf einer Großfeuerungsanlagenverordnung vorgesehene Maßnahme zur Reduzierung von SO₂-Freisetzungen für ausreichend, die saure Deposition und die darauf zurückgeführten Schäden an Vegetation und sonstigen Sachgütern in der Bundesrepublik Deutschland binnen kurzem entscheidend zu verringern, und welche Gründe sprechen gegen die Einbeziehung auch kleinerer Feuerungsanlagen?
32. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU) Auf welche Weise beabsichtigt die Bundesregierung, mit ihrer Politik der bei vielen Bürgern eingetretenen Beunruhigung über nachteilige Folgen der in unserer Gesellschaft fortschreitenden Technisierung, Industrialisierung und Chemieanwendung für die natürliche Umwelt Rechnung zu tragen, und welche Erfahrungen konnten mit der sogenannten Umweltverträglichkeitsprüfung bisher gewonnen werden?

33. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das bei vielen Bürgern vorhandene große Interesse an Fragen des Umweltschutzes vom verbalen Engagement mit weitreichenden Forderungen an andere zu wirklich umweltbewußten Eigenverhalten weiterzuentwickeln, und wie kann die Information über Möglichkeiten, Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit umweltbewußten Verhaltens jedes einzelnen Bürgers verbessert werden?
34. Abgeordneter
Boroffka
(CDU/CSU) Welche Schritte beabsichtigt die Bundesregierung zur Fortentwicklung der Abfallbeseitigung zu einer umwelt- und ressourcen-schonenden Abfallwirtschaft sowie zur Förderung einer abfallverringern- den Wiederverwertung von Reststoffen und Alt-materialien?
35. Abgeordneter
Boroffka
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die zu beobach- tende Tendenz, Probleme der Müllverwertung oder -beseitigung durch Export in andere Staaten lösen zu wollen, und hält sie die gesetzlichen Vorschriften für ausreichend, einen eventuell zunehmenden Ferntransport, Ex- und Import von Abfällen im Interesse des Umweltschutzes zufriedenstellend zu regeln?
36. Abgeordneter
Volmer
(CDU/CSU) Welche Schritte gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die im Ausland produzierten, aber mit Luft und Wasser in die Bundesrepublik Deutschland transportierten Umweltbelastungen mindern zu lassen, und welche Erfolgsaussichten sieht sie dafür, bei unseren Nachbarn, insbesondere im Osten, eine Reduzierung ihrer besonders schwer- wiegenden grenzüberschreitenden Umweltver- schmutzungen zu erreichen?
37. Abgeordneter
Volmer
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung einen Überblick darüber, inwieweit bisher in der Bundesrepublik Deutschland vorübergehende oder dauernde Nutzungsbeschrän- kungen für landwirtschaftlich oder gartenbaulich genutzte Grundstücke notwendig geworden sind, weil Schadstoffbelastungen der betreffenden Böden festgestellt wurden, die gesundheitschädliche Schad- stoffanreicherungen in Lebens- und Futtermitteln zur Folge gehabt hätten, und ist ihr bekannt, auf welche Weise außer durch die Kontrollen nach der Klärschlammverordnung einer nachhaltigen Einbuße der Nutzungsmöglichkeiten von Böden vorgebeugt wird?
38. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU) Entspricht es der Tatsache, daß der von niederländi- schen Behörden wegen Agententätigkeit ausgewie- sene Professor der Ostberliner Humboldt-Universität, Dr. A. F. R. Spreu, im Besitz von gefälschten Aus- weispapieren der Bundesrepublik Deutschland ge- wesen sein soll?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

39. Abgeordneter
Fischer
(Osthofen)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Anregung des Präsidenten des Bundesgerichtshofs, die Ur- teile des Volksgerichtshofs durch Gesetz für nicht- ig zu erklären, und ist sie bereit, entsprechend initiativ zu werden?

40. Abgeordneter
Schmidt
(München)
(SPD) Wie ist der gegenwärtige Stand der Beratungen in der EG zu dem Vorschlag einer Richtlinie des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Haftung für fehlerhafte Produkte und welche Haltung nimmt die Bundesregierung ein?
41. Abgeordneter
Schmidt
(München)
(SPD) Verfügt die Bundesregierung über rechtstatsächliche Erkenntnisse — und wenn ja, welche sind diese — der wirtschaftlichen Auswirkungen der derzeitigen Rechtsprechung zur Produzentenhaftung allgemein und von bestimmten Sonderregelungen wie zum Beispiel § 84 ff. des Arzneimittelgesetzes und des Maschinenschutzgesetzes?
42. Abgeordneter
Gnädinger
(SPD) Verfügt die Bundesregierung über rechtstatsächlich abgesicherte Prognosen hinsichtlich der wirtschaftlichen Auswirkungen, falls eine verschuldensunabhängige Produzentenhaftung über eine EG-Richtlinie zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Haftung für fehlerhafte Produkte eingeführt würde?
43. Abgeordneter
Gnädinger
(SPD) Welche Arten von Fehlern sollten nach Meinung der Bundesregierung in den Anwendungsbereich der verschuldensunabhängigen Haftung einbezogen werden, und wie ist die Haltung der Bundesregierung zu den Entwicklungsrisiken?
44. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD) Hält die Bundesregierung eine Einschränkung des Schadensersatzes bei der geplanten Richtlinie zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Haftung fehlerhafter Produkte für notwendig, und zwar hinsichtlich Höhe und Art des Schadens?
45. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Meinung von Professor Dr. Löwe (DAR 1978, S. 288 ff.), daß die bestehende Rechtslage zur Rückrufflicht des Warenherstellers höchst unbefriedigend sei, und wenn ja, hat sie ein Lösungskonzept?
46. Abgeordneter
Fischer
(Osthofen)
(SPD) Erwägt die Bundesregierung, im Rahmen der Beratung einer Richtlinie zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Haftung fehlerhafter Produkte dem Verbraucher die prozessuale Durchsetzung seines Schadensersatzanspruchs zu erleichtern, indem z. B. eine Regelung zur Beweislastumkehr eingeführt und die gebündelte Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen ermöglicht wird?
47. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Wie ist der gegenwärtige Stand der Beratungen in der EG zu dem Vorschlag einer Richtlinie des Rates betreffend den Verbraucherschutz im Fall von außerhalb von Geschäftsräumen abgeschlossenen Verträgen, und welche Haltung nimmt die Bundesregierung ein?
48. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Meinung des Bundesrats (Drucksache 8/130, Seite 7), daß die Einführung eines allgemeinen Widerrufsrechts des Kunden bei Haustürgeschäften oder unter vergleichbaren Umständen geschlossenen Verträgen unabweisbar sei, und beabsichtigt sie, der Entschließung des Bundesrates vom 9. Oktober 1981 (BR-Drucksache 278/81) nachzukommen?

49. Abgeordneter
Dr. Ueberschär
(SPD) Wird sich die Bundesregierung im Rahmen der Beratung der Richtlinie betreffend den Verbraucherschutz bei außerhalb von Geschäftsräumen abgeschlossenen Verträgen für die Einführung eines enumerativen Katalogs von Geschäften, die in den Anwendungsbereich der Richtlinie fallen sollen, einsetzen, und wie könnte ein solcher Katalog aussehen?
50. Abgeordneter
Dr. Ueberschär
(SPD) Soll ein Auffangtatbestand geschaffen werden, und wie sollte dieser formuliert werden?
51. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD) Wie weit sollte nach Meinung der Bundesregierung der persönliche Anwendungsbereich der geplanten Richtlinie betreffend den Verbraucherschutz bei außerhalb von Geschäftsräumen abgeschlossenen Verträgen reichen, und wie sollte der nicht betroffene Personenkreis umschrieben werden?
52. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD) Sollen nach Meinung der Bundesregierung auch Versicherungsverträge in den Anwendungsbereich der Richtlinie fallen?
53. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-
Gmelin
(SPD) Warum hat die neue Bundesregierung die Aufforderung bisher nicht sichtbar aufgegriffen, die unter anderem der Bundesaußenminister Genscher seit 1980 immer wieder in die Arbeit der damaligen Bundesregierung mit der Begründung eingeführt hat, es sei ein Gebot von Gerechtigkeit und Diskriminierungsschutz, die Streichung bzw. Reformierung von § 175 StGB vorzunehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

54. Abgeordneter
Huonker
(SPD) Teilt die Bundesregierung die anlässlich der Auseinandersetzung um die Gemeinnützigkeit des „Kameradschaftsverbands der Soldaten des I. Panzercorps der Waffen-SS“ von der Regierung der sozialliberalen Koalition vertretene Auffassung, daß für die Geheimhaltung bezüglich der Frage der Gemeinnützigkeit eines Vereins steuerpolitische Gründe nur schwer erkennbar sind?
55. Abgeordneter
Huonker
(SPD) Wird die Bundesregierung in den Gesetzentwurf zur Änderung der Abgabenordnung eine Einschränkung des Steuergeheimnisses dahin gehend aufnehmen, daß die Gemeinnützigkeit einer Institution künftig dem Steuergeheimnis nicht mehr unterliegt?
56. Abgeordneter
Dr. Struck
(SPD) Besteht die Absicht der Bundesregierung fort, im Januar einen „Sparkommissar“ einzusetzen, der einen Plan für umfangreiche Streichmaßnahmen von Staatsausgaben erstellen soll, wie es der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesfinanzminister, Dr. Häfele, am 22. Oktober 1982 der Öffentlichkeit mitgeteilt hat?

57. Abgeordneter
Dr. Struck
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß dann, wenn man — wie bei der Zwangsanleihe — neue Finanzierungsquellen für Ausgaben aus dem Bundeshaushalt über die Gesetzgebungszuständigkeit des Artikels 74 Nr. 11 des Grundgesetzes (Recht der Wirtschaft) einführt, nicht auch eine verfassungsrechtliche Ermächtigung zur Beschaffung von Finanzierungsmitteln für alle anderen Wirtschaftsbereiche (neben dem Wohnungsbau) für den Bundeshaushalt bejaht werden muß?
58. Abgeordneter
Baack
(SPD) Trifft es zu, daß die Zwangsanleihe weder in den finanzverfassungsrechtlichen Bestimmungen des Grundgesetzes vorgesehen noch von der Verfassungsrechtsprechung als Sonderabgabe zur Finanzierung von Ausgaben aus dem Bundeshaushalt anerkannt ist, sondern nur ein Vorbild in den Zwangsanleihen der Weimarer Republik hat, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
59. Abgeordneter
Baack
(SPD) Besteht nicht ein erhebliches verfassungsrechtliches und haushaltsmäßiges Risiko darin, daß die Bundesregierung einerseits eine ganz neue Abgabeform zur Finanzierung von Ausgaben aus dem Bundeshaushalt erfindet und andererseits den Bundeshaushalt dadurch belastet, daß sie sich den Ländern gegenüber zu einer Haushaltsaufstockung in den kommenden Jahren für das Programm zur Belebung des sozialen Wohnungsbaus und der Baunachfrage verpflichtet?
60. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, insbesondere Handwerksbetriebe, zur Bereitstellung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen dadurch zu motivieren, daß entsprechende Steueranreize geboten werden, z. B. Steuergutschriften von 3000 DM je zusätzlichen Ausbildungsplatz?
61. Abgeordneter
Schlatter
(SPD) Kann die Bundesregierung angeben, wie hoch zur Zeit das Volumen der umlaufenden, steuerbefreiten festverzinslichen Wertpapiere ist, und welche Laufzeitstruktur dies aufweist?
62. Abgeordneter
Schlatter
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, welches die Hauptbegünstigten aus der Steuerfreiheit der Zinsen der Wertpapiere nach § 3 a EStG sind?
63. Abgeordneter
Feile
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, zugunsten der Finanzierung des Wohnungsbaus und anderer förderungswürdiger bzw. förderungsbedürftiger Wirtschaftszweige, steuerbegünstigte bzw. steuerbefreite Wertpapiere auszugeben?
64. Abgeordneter
Feile
(SPD) Sollte aus kapitalmarktpolitischen, haushaltsmäßigen und sozialpolitischen Überlegungen dieses nicht beabsichtigt sein, wie will die Bundesregierung die Beibehaltung der Steuerbefreiung der Zinsen aus bestimmten Wertpapieren nach § 3 a EStG begründen?
65. Abgeordneter
Lennartz
(SPD) Hält die Bundesregierung nach nahezu 30 Jahren Laufzeit der steuerbegünstigten Wertpapiere nach § 3 a EStG die übliche Argumentation aufrecht, aus Gründen des Vertrauensschutzes und um Rückwirkungen auf den Rentenmarkt zu vermeiden, sei die Beibehaltung der Steuerfreiheit geboten?

66. Abgeordneter
Lennartz
(SPD) Wenn ja, welche Wirkungszusammenhänge und zahlenmäßige Ergebnisse lassen sich als Begründung dieser Auffassung anführen?
67. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) Geht die Bundesregierung davon aus, daß der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank mit seiner jüngsten Zinssenkung anerkannt hat, „daß der neue Bundeshaushalt solide ist und daß die Bundesregierung der Mitte ihren Sparwillen unter Beweis gestellt hat“, und auf welche Aussage der Deutschen Bundesbank stützt sich die Bundesregierung gegebenenfalls bei ihrer Meinung?
68. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) Hat sich die Bundesregierung eine Meinung darüber gebildet, welche Gründe die Deutsche Bundesbank in diesem Jahr zu sechs Zinssenkungen vor dem 1. Oktober 1982 veranlaßt haben, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

69. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD) Wäre die Bundesregierung im Rahmen der Bund – Länder Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur bereit, einem Antrag auf Aufnahme eines Fördersonderstandorts Aachener Steinkohlenbergbau, analog dem Sonderstandort Saarbergbau, zuzustimmen?
70. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) In welcher Höhe sind Rumänien staatsverbürgte Kredite gewährt worden, und wie hoch ist die jetzt zur Umschuldung anstehende Summe?
71. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Welche Hinweise ergeben sich aus der inzwischen beim Bundeswirtschaftsministerium eingegangenen Stellungnahme der Firma Flick und den zugehörigen Unterlagen zur Frage der technologischen Kooperation im Zusammenhang mit der Kapitalanlage der Flick-Gruppe bei Grace & Co.?
72. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Welche Konsequenzen hat die dem Bundeswirtschaftsministerium inzwischen vorliegende Stellungnahme der Flick-Gruppe zur Frage der technologischen Kooperation im Anlagefall Grace für die vom Bundeswirtschaftsminister zur Steuerbegünstigung nach § 4 Auslandsinvestitionsgesetz erteilte Bescheinigung?
73. Abgeordneter
Haase
(Fürth)
(SPD) Hat der Bundeskanzler mit dem französischen Staatspräsidenten über die angestrebte Fusion Grundig/Thompson-Brandt gesprochen?
74. Abgeordneter
Haase
(Fürth)
(SPD) Sind den französischen Wünschen zur Fusion Thompson-Brandt mit Grundig seitens des Bundeskanzlers unsere Wünsche zu einer partnerschaftlichen Kooperation im Bereich der Unterhaltungs- und Mikroelektronik und die Arbeitsplatzsorgen der deutschen Arbeitnehmer im Grundigkonzern entgegengehalten worden?

75. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) Sieht die Bundesregierung in der geplanten Übernahme der Firma Grundig durch den französischen Staatskonzern Thompson-Brandt in erster Linie ein wettbewerbsrechtliches Problem oder steht sie in diesem Fall nach dem Aufkauf der Produktionsfirmen für Unterhaltungselektronik SABA, Nordmende, Dual und Videocolor auch als Teil einer national orientierten Industriestrategie des französischen Staates, der die Industriestruktur der Bundesrepublik Deutschland auf längere Sicht aushöhlt und schwächt?
76. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-
Glötz
(SPD) Glaubt die Bundesregierung, daß die Mikroelektronikindustrie in der Bundesrepublik Deutschland im Fall einer Übernahme von Grundig durch einen französischen Staatskonzern geschwächt wird, oder sieht sie dies nicht als ein Problem für die weitere Entwicklung der deutschen Mikroelektronikindustrie an?
77. Abgeordneter
Dr. Wiczorek
(SPD) Wie glaubt die Bundesregierung, den Wettbewerbsnachteil deutscher Firmen angesichts der massiven finanziellen aber auch konzeptionellen Intervention des französischen Staates ausgleichen zu können?
78. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-
Glötz
(SPD) Gibt es Gesichtspunkte, die es nach Auffassung der Bundesregierung gerechtfertigt erscheinen lassen könnten, die Fusionswünsche der Firma Thompson-Brandt anders zu beurteilen als vor drei Jahren einen ähnlichen Wunsch der Firma Philips?
79. Abgeordneter
Roth
(SPD) Hält es die Bundesregierung für angemessen, daß maßgebliche Entscheidungen zur deutschen Industriestruktur von der französischen Regierung formuliert und über französische Staatskonzerne mit unmittelbaren oder mittelbaren Zahlungen aus der Staatskasse verwirklicht werden?
80. Abgeordneter
Dr. Wiczorek
(SPD) Könnte sich die Bundesregierung, herausgefordert durch das französische Vorgehen und angesichts der Bedrohung ihrer Elektronik-, Informationstechnik- und Kommunikationsindustrie durch die USA und Japan, dazu verstehen, in Zusammenarbeit mit der deutschen Industrie und den europäischen Partnerländern an einer Industriestrukturpolitik mitzuarbeiten, die sicherstellt, daß Westeuropa künftig in der Lage sein wird, die Chance für die Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze in diesen zukunfts-trächtigen Industrien auf eine mehr partnerschaftliche Basis zu stellen, als dies im Zuge von staatlich finanzierten Übernahmestrategien à la Thompson-Brandt-Grundig möglich erscheint?
81. Abgeordneter
Roth
(SPD) Wie glaubt die Bundesregierung angesichts dieser Umstände die Sicherheit der Arbeitsplätze in den angesprochenen Industrien heute und in Zukunft absichern zu können?
82. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Wie sehen die Pläne der Bundesregierung zur Neuorientierung bei der „Frachthilfe“ aus?
83. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Geht die Bundesregierung dabei mit der von ihr beabsichtigten „deutlichen Reduzierung des räumlichen Geltungsbereichs“ der erweiterten Kohlenfrachthilfe auf Gebiete mit den höchsten Strompreisen von ihrer bisherigen Linie ab, das Zonenrandgebiet als eine Einheit zu sehen?

84. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Warum hat der Bundeswirtschaftsminister in den Ermittlungsverfahren gegen Friedrich unter anderem wegen Vorteilsannahme der Staatsanwaltschaft erst am 1. Dezember 1982 eine schriftliche Stellungnahme übermittelt, obwohl er am 28. Februar 1982 dem Bundeskanzler zugesagt hat, der Staatsanwaltschaft für Aussagen jederzeit zur Verfügung zu stehen?
85. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, den Vertretern des Flick-Konzerns bis zur Aufklärung der sogenannten Flick-Affäre Hausverbote zu erteilen?
86. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Welche Gespräche haben Mitglieder oder Beauftragte der Bundesregierung mit den Vorstandsvorsitzenden der Bayer AG Leverkusen und der Agfa-Gevaert AG oder mit anderen namhaften Repräsentanten dieser Konzerne geführt, um die von der Agfa-Gevaert AG beschlossene Stilllegung des Agfa-Camerawerks München ganz oder teilweise abzuwenden, und was haben diese Gespräche ergeben?
87. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die sich aus der beschlossenen Stilllegung des Agfa-Camerawerks München für die betroffenen Arbeitnehmer und für den Arbeitsmarkt der Region München ergebenden Folgen abzuwenden oder zu lindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

88. Abgeordneter
Herberholz
(SPD) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß für den Einsatz des Flugkörpers „Maverick“ die jeweiligen Wetterverhältnisse ausschlaggebend sind, und hat sie eine diesbezügliche kontinuierliche Beratung der Truppe durch den zuständigen Wetterdienst sichergestellt?
89. Abgeordneter
Herberholz
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit mitzuteilen, auf Grund welcher mehrseitiger Abkommen das MLRS-Raketensystem in der Bundeswehr eingeführt wurde?
90. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) Bei welchen Projekten sind konkrete Schritte zur deutsch-französischen Rüstungs-Kooperation eingeleitet worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

91. Abgeordnete
Frau Blunck
(SPD) Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um der aus der Umwelt herrührenden Belastung von Lebensmitteln mit gesundheitlich bedenklichen Stoffen entgegenzuwirken, und welche Ergänzungen der bestehenden lebensmittelrechtlichen Vorschriften hält sie für erforderlich?

92. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die in der Chemicals Group der OECD weitgehend abgeschlossenen Vorbereitungen eines Verhaltenskodex für den Export von gefährlichen Chemikalien, insbesondere Pestizide, zügig umzusetzen und in die entsprechenden Verhandlungen bei der UNEP und der FAO einzubringen?
93. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Welche Schritte wird die Bundesregierung gegen die im Widerspruch zu den vertraglichen Grundlagen der EG, zur Vertragstreue der EG-Staaten und den Aussagen ihrer Regierungen stehenden öffentlichen Verdächtigungen des Bonner-EG-Pressereferenten, Dr. Sieger, beim Deutschen Frauenring Fulda unternehmen, wonach die europäische Einigung mit der deutschen Wiedervereinigung unvereinbar und die Bundesrepublik Deutschland durch den Wiedervereinigungsanspruch ein Sicherheitsrisiko für die EG sei, die Bundesrepublik Deutschland sich von der Präambel des Grundgesetzes freimachen müsse und der 17. Juni eine Spielwiese für Sonntagsredner sei („Fuldaer Zeitung“ 15. und 20. November 1982)?
94. Abgeordneter
Wallow
(SPD) Mit welchen Mitteln will die Bundesregierung die in der Regierungserklärung genannten Tugenden wie: „Liebe, Vertrauen, Toleranz, Rücksichtnahme, Opferbereitschaft und Mitverantwortung“ in der Familie vermitteln, angesichts von insgesamt 92 Folgen der Familienserie Dallas, die Egoismus und Käuflichkeit für ein Millionenpublikum zur zentralen Aussage macht?
95. Abgeordneter
Wallow
(SPD) Wie will die Bundesregierung der in der Regierungserklärung bei jungen Mitbürgern festgestellten Sinnkrise begegnen, angesichts von 92 Folgen einer Fernsehserie Dallas, in der auch nach Auffassung des Senders Freies Berlin und des Bayerischen Rundfunks, totaler Egoismus und zwischenmenschliche Niedertracht für Jugendliche eine Vorbildwirkung haben müssen?
96. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU) In welchem Umfang kommt nach der Neufassung des Ausbildungsförderungsgesetzes die Inanspruchnahme von Sozialhilfe neben und anstelle von BAföG in Frage?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

97. Abgeordneter
Nehm
(SPD) Soll die im Entwurf des Bundeshaushalts 1983 vorgenommene Aufstockung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau um 230 Millionen DM zu einer Erhöhung der öffentlichen Investitionen führen, also zu höheren Bund-Länder-Ausgaben für den Hochschulbau 1983, oder soll nur bei den bisher im zuständigen Planungsausschuß festgelegten Projekten den Bundesländern die bisher geplante Finanzierung erleichtert werden?

98. Abgeordneter
Nehm
(SPD) Falls es sich nicht nur um eine „Umfinanzierung“ der festgelegten Maßnahmen durch erhöhte Bundesausgaben ohne zusätzlichen Beschäftigungseffekt handeln sollte, wann wird die Bundesregierung den zuständigen Bund-Länder-Planungsausschuß mit der Aufstockung und Ausweitung der Maßnahmen befassen?
99. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Welche Begründung liegt dafür vor, daß auch bezüglich der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen „der Bund ein Interesse hat“, daß diese „von allen Bundesländern übernommen werden“, obwohl die darin enthaltene falsche oder unzulängliche Darstellung inzwischen wissenschaftlich erhärtet worden ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

100. Abgeordnete
Frau
Blunck
(SPD) Wird die Bundesregierung das von der alten Bundesregierung mit Beschluß vom 1. September 1982 angekündigte Biotopschutzprogramm vorlegen, und welche Maßnahmen sind vorgesehen?
101. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD) Wird die Bundesregierung Vorstellungen nach Einführung einer Verbandsklage und nach einer Änderung der sogenannten Landwirtschaftsklausel im Naturschutzgesetz weiterverfolgen und einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung des Naturschutzgesetzes vorlegen?
102. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD) Hat die Bundesregierung die Absicht, das Pflanzenschutzrecht neuen ökologischen Erkenntnissen, insbesondere hinsichtlich der Zulassungsverfahren anzupassen, und wird sie einen entsprechenden Entwurf zur Neufassung des Pflanzenschutzgesetzes vorlegen?
103. Abgeordneter
Purps
(SPD) Welche der wesentlichen gesamtwirtschaftlichen Vorgaben für die Steuerschätzung haben sich bei einem Vergleich der Steuerschätzungen von Oktober und Juni 1982 verändert?
104. Abgeordneter
Purps
(SPD) Mit welchen Anteilen haben diese Datenänderungen die Ergebnisse der Steuerschätzung von Oktober 1982 beeinflußt?
105. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Rektors der Kairoer Al-Azhar-Universität, Professor Dr. M. El-Naggar, daß einer Betäubung der zu schächtenden Tiere mit Elektroschock keinerlei religiöse Hindernisse entgegenstehen, und wenn ja, wie kann sichergestellt werden, daß in der Bundesrepublik Deutschland künftig nicht mehr ohne Betäubung geschächtet wird?
106. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß z. B. in Schleswig-Holstein Schächtungen ohne Betäubung nicht zugelassen sind, während in anderen Bundesländern weiterhin ohne Betäubung geschächtet wird, und wenn ja, wie kann sichergestellt werden, daß künftig in allen Bundesländern unter Beachtung der tierschutzrechtlichen Vorschriften einheitlich verfahren wird?

107. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, in die Neufassung des Pflanzenschutzgesetzes ein Exportverbot für die Pestizide aufzunehmen, die in der Bundesrepublik Deutschland verboten oder nicht zugelassen sind, und Ausnahmen nur zuzulassen, wenn dies die Importländer ausdrücklich wünschen?
108. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung — Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten — bereit, den Mitgliedern des Sachverständigenrates der Bundesregierung zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung detailliert auseinanderzusetzen, daß die EG-Agrarpolitik nicht 66 v. H. des Brüsseler Haushalts der Europäischen Gemeinschaft verschlingt, sondern wesentlich weniger, da man berücksichtigen muß, daß große Summen für Entwicklungshilfe-Projekte und Hilfsprogramme — Lomé, Polen usw. — ausgegeben werden, die nicht der EG-Agrarpolitik angelastet werden können?
109. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung gegen die gefährliche These des Dr. Eckart Guth, Mitglied des Kabinetts von Vizepräsident Wilhelm Haferkamp in der EG-Kommission, zu unternehmen, der ausführte, daß kein Weg daran vorbeigehe, die Getreidepreise der Europäischen Gemeinschaft an das niedrigere Weltmarktniveau heranzuführen?
110. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD) Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zum Einfuhrstopp von Robbenjungtier-Fellen ein, und ist die Bundesregierung bereit, weiteren Importverboten für Tierfelle zur Rettung bedrohter Tierarten zuzustimmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

111. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die vom 12. ordentlichen Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden erhobene Forderung nach einem „generellen Verbot der Leiharbeit“, und welche konkreten Schritte wird sie in diesem Sinn eventuell unternehmen?
112. Abgeordneter
Schreiner
(SPD) Welches sind im wesentlichen die Ursachen für die Krankheiten, die dazu führten, daß im Jahr 1981 ca. 60 v. H. der Neurentner ihre Rente aus gesundheitlichen Gründen erhalten?
113. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD) Wie viele Lehrkräfte sind bei Trägern von Weiterbildungsmaßnahmen nach dem Arbeitsförderungs- und Sonderprogrammen des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft beschäftigt?
114. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD) Nach welchen tariflichen Bedingungen sind diese Lehrkräfte beschäftigt?

115. Abgeordnete
Frau
Renger
(SPD)
- Stimmt der Pressebericht der Süddeutschen Zeitung vom 22. November 1982, nach dem die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in Einzelfällen bis zu fünf Monate braucht, um Rentenanträge zu bescheiden und weitere Wochen, um die Renten erstmals auszuzahlen, und welche konkreten Schritte plant die Bundesregierung, um den Bemühungen zur Senkung der Bearbeitungsdauer entscheidende Impulse zu geben?
116. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob der Rückgang der Heilverfahrensanträge bei den Rentenversicherungsträgern unter anderem auch darauf zurückzuführen ist, daß behandelnde Ärzte den Versicherten empfehlen, keinen Antrag auf Gewährung eines Heilverfahrens zu stellen, sondern verstärkt ersatzweise eine ambulante Behandlung anraten, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um solchen etwaigen Tendenzen aus gesundheitspolitischen Gründen entgegenzutreten?
117. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD)
- Kann die Bundesregierung eine Erklärung für die erheblich unterschiedlichen Verwaltungskostenanteile am Haushaltsvolumen und der Zahl der auf den einzelnen Beschäftigten entfallenden laufenden Renten bei den einzelnen Rentenversicherungsträgern, trotz vergleichbarer Strukturen, geben?
118. Abgeordneter
Wieczorek
(Duisburg)
(SPD)
- Ist die Antwort der Bundesregierung vom 26. November 1982 über die von Bundeskanzler Kohl angekündigte „Hausfrauenrente“ auf dem Hintergrund der derzeit absehbaren finanzwirtschaftlichen Entwicklung so zu verstehen, daß das Versprechen des Kanzlers in der kommenden Legislaturperiode nicht eingelöst werden kann?
119. Abgeordneter
Wieczorek
(Duisburg)
(SPD)
- Ist aus den Antworten der Bundesregierung vom 26. November 1982, daß sich noch nicht sagen ließe, wann eine „Hausfrauenrente“ zu finanzieren sei, zu schließen, daß man solche gewichtigen finanzwirtschaftlichen Maßnahmen heute nicht mit Anspruch auf Seriosität für einen absehbaren Zeitraum ankündigen kann?
120. Abgeordneter
Egert
(SPD)
- Welche einschlägigen Verdienste im sozialen Bereich hat der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung vor Antritt seiner Tätigkeit aufzuweisen, die die Bundesregierung bewogen haben, ihn trotz seiner kritischen Haltung zum Beauftragtenunwesen vorheriger Regierungen zu berufen?
121. Abgeordneter
Egert
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die nach einem Zitat der Frankfurter Rundschau vom 30. November 1982 vom Behindertenbeauftragten geäußerte Auffassung zu den Wirkungen der Schwerbehindertengesetzgebung, wonach die ehemalige Bundesregierung eine „Inflation“ der Anerkennung von Behinderten bewirkt habe?
122. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, an welchen Tagen der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Behinderten, Abgeordneter Regenspürger, seit seiner Ernennung am 9. November bis zum 3. Dezember 1982 in seinen Diensträumen anwesend war, und entspricht dies dem

„sparsamen, wirtschaftlichen Verwaltungshandeln“, das der Parlamentarische Staatssekretär Vogt in seiner Antwort vom 19. November 1982 auf die Anfrage des Kollegen Egert von ihm erwartet hat?

123. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Kann die Bundesregierung erklären, warum die Behinderten mit keinem Wort in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 13. Oktober 1982 vorkamen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

124. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Stimmt die Bundesregierung zu, daß die Deutsche Bundesbahn bei Rationalisierungsmaßnahmen soweit als möglich auch die besonderen Verhältnisse einer betroffenen Region berücksichtigen sollte?
125. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß bei einer notwendigen Stilllegung von Ausbesserungswerken oder von Bundesbahnschulen der ostbayerische Raum im Hinblick auf die dort bestehenden großen wirtschaftlichen Probleme und die hohe Arbeitslosigkeit verschont werden muß, und daß deshalb das Ausbesserungswerk in Weiden und die Bundesbahnschule in Regensburg bestehen bleiben sollten?
126. Abgeordneter
Tietjen
(SPD) Ist es zutreffend, daß der Bundesverkehrsminister am 30. November 1982 entschieden hat, daß in den Bundeshaushalt 1984 Mittel für die Vertiefung und Begradigung von Ems und Leda bereitgestellt werden sollen, um mit der Baumaßnahme beginnen zu können, und welcher Mittelansatz ist für 1984 vorgesehen?
127. Abgeordneter
Reschke
(SPD) Will die Bundesregierung ab 1983 den Bundesanteil am Ausbau der U-Bahn/Stadtbahnssysteme in den Ballungsgebieten vom bisherigen prozentualen Anteil des Bundes und in der Gesamtsumme senken?
128. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung unter Berücksichtigung der Tatsache, daß in vielen Gemeinden während der Winterperiode auf Einsatz von Streusalz verzichtet wird, die neuartigen Spikes für öffentliche Fahrzeuge (Polizei, Feuerwehr) wieder zuzulassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

129. Abgeordneter
Kretkowski
(SPD) In welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung, bei der Verlegung von Kupferbreitbandverteilnetzen von den bisher geltenden, klar definierten Bedarfskriterien (schlechter Empfang, Antennenverbot, Kabelverlegung auf Antrag von Gemeinden unter deren finanzieller Beteiligung) abzugehen, nach denen die alte Bundesregierung seit acht Jahren vorgegangen ist?

130. Abgeordneter
Kretkowski
(SPD) Nach welche Kriterien wird die Bundesregierung auf der Grundlage ihres vorgesehenen Kooperationsmodells entscheiden, welche Kabelverteilnetze von der Deutschen Bundespost selbst und welche von privaten Firmen gebaut und betrieben werden?
131. Abgeordneter
Dr. Kreuzmann
(SPD) Wie ist der Stand der Planungen für die 1983 vom Bundespostminister angekündigten zusätzlichen Kabelinvestitionen in Höhe von 590 Millionen DM, und welche Kriterien für die Wirtschaftlichkeit legt die Bundesregierung bei von der Deutschen Bundespost zu errichtenden Kabelnetzen an?
132. Abgeordneter
Dr. Kreuzmann
(SPD) Welche konkreten Berechnungen liegen der Aussage des Bundespostministers Dr. Schwarz-Schilling zugrunde, daß durch Investitionen in Höhe von einer Milliarde DM in die Kupferverkabelung 20 000 bis 25 000 Arbeitsplätze geschaffen werden, und in welchen Branchen wird mit diesen Arbeitsplätzen gerechnet?
133. Abgeordneter
Bernrath
(SPD) Soll auch nach Auffassung der neuen Bundesregierung in dem Kooperationsmodell sichergestellt werden, daß die Deutsche Bundespost bei der Einführung breitbandig integrierter Glasfasernetze, auch während der Laufzeit der Verträge nach dem Kooperationsabkommen, Zugang zu solchen Gebieten hat, die privaten Unternehmern zur Errichtung von Breitbandverteilnetzen überlassen worden waren?
134. Abgeordneter
Bernrath
(SPD) Wie schätzt die Bundesregierung den Zeitwert der von privaten Unternehmern betriebenen reinen Verteilnetze in Kupferkoaxialtechnik ein, wenn nach Ablauf der für die privaten Unternehmen vertraglich festgesetzten Nutzungsdauer in diesem Gebiet von der Deutschen Bundespost ein dienstintegriertes Vermittlungsnetz in dem auch Rundfunk verteilt wird, eingerichtet wird?
135. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD) Wird die Bundesregierung in privaten Kabelnetzen Dienstleistungen zulassen, die auch in bestehenden öffentlichen Netzen zu erbringen sind, und welche Folgen hätte dies gegebenenfalls für die Netzhoheit und die Entwicklung der Einnahmen bei der Deutschen Bundespost?
136. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD) Wird durch die Zulassung von privaten Netzbetreibern die aus gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Gründen erforderliche Netzhoheit der Deutschen Bundespost (DBP) unterlaufen, so daß der Infrastrukturauftrag der DBP, bundesweit für alle Bürger gleiche Dienstleistungen zu gleichen Bedingungen zur Verfügung zu stellen, gefährdet wird?
137. Abgeordneter
Wuttke
(SPD) Von welcher Kostenkalkulation geht die Bundesregierung aus, wenn die Feststellung des Bundespostministers richtig sein soll, daß sich Kupferverteilnetze in mittleren und kleineren Städten in etwa 15 Jahren amortisieren?
138. Abgeordneter
Wuttke
(SPD) Welche vertraglichen Regelungen für die Kostenerstattung durch die Rundfunkanstalten sind von der Bundesregierung vorgesehen, wenn, wie Bundespostminister Dr. Schwarz-Schilling angekündigt hat, in über 1000 Gemeinden unter 800 Einwohnern der Fernsehempfang durch Verkabelung ermöglicht bzw. verbessert werden soll?

139. Abgeordneter
Schätz
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach übereinstimmender Meinung von Wissenschaft, Informations- und Kommunikationsindustrie die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit auf diesem Sektor entscheidend davon abhängt, ob in den zukunftsbezogenen Technologien wie Mikroelektronik und Lichtwellenleitertechnik Spitzenleistungen erbracht werden, und daß dies nur möglich ist, wenn die Deutsche Bundespost den Ausbau dienstintegrierter breitbandiger Vermittlungsnetze in der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig vorantreiben wird?
140. Abgeordneter
Schätz
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die von Bundesminister Dr. Schwarz-Schilling geplante Einrichtung von Kupferbreitbandverteilnetzen zu einer völligen Fehlleitung von Investitions- und Produktionsentscheidungen der Kabelindustrie führen wird, und daß stattdessen die Nachfragepolitik der Deutschen Bundespost gezielt auf die Glasfasertechnologie und den damit verbundenen raschen Aufbau eines integrierten breitbandigen Glasfasernetzes ausgerichtet werden soll?
141. Abgeordneter
Börnsen
(SPD) Welchen konkreten Beitrag kann ein Breitbandverteilnetz in Kupferkoaxialtechnik im Vergleich zu einem Vermittlungsnetz in Glasfasertechnik nach Auffassung der Bundesregierung zur Steigerung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft leisten?
142. Abgeordneter
Börnsen
(SPD) Wie soll die Deutsche Bundespost nach Auffassung der Bundesregierung bei einem forcierten Ausbau der Verteilnetze in der Kupferkoaxialtechnik zusätzlich die notwendigen Mittel für den volkswirtschaftlich vordringlichen Ausbau von Vermittlungsnetzen in der Lichtwellenleitertechnik aufbringen?
143. Abgeordneter
Matthöfer
(SPD) Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß die Deutsche Bundespost und die fernmelde-technische Industrie in der Bundesrepublik Deutschland international eine führende Rolle bei der Entwicklung von Glasfasersystemen und der Digitalisierung von Fernmeldenetzen einnehmen?
144. Abgeordneter
Matthöfer
(SPD) Welche konkreten Maßnahmen sind über die von der alten Bundesregierung bereits eingeleiteten hinaus von der neuen Bundesregierung vorgesehen, um die Entwicklungsarbeiten für die Glasfasersysteme und die Digitalisierung der Fernmeldenetze voranzutreiben, damit die Fernmeldeindustrie zu erhöhten Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen in diesen Bereichen ermuntert wird und einen möglichst großen Heimatmarkt als notwendige Grundlage für ihre Exportbemühungen erhält?
145. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD) Welche medienpolitischen Entscheidungen sind nach Kenntnis der Bundesregierung gefallen, die den Bundespostminister zu der Ankündigung veranlassen, „die Bürger (würden) über Kopfstationen mit einem Schlag alle dritten Programme – und noch einiges mehr – wahlweise empfangen können“?
146. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD) Welche „veränderte Haltung“ im Hinblick auf das von Radio Luxemburg vorgesehene Satellitenfernsehen mit deutscher Verlegerbeteiligung hat Bundeskanzler Dr. Kohl entsprechend der Ankündigung des Bundespostministers Dr. Schwarz-Schilling dem

- luxemburgischen Ministerpräsidenten erläutert (vergleiche „Rheinische Post“ vom 20. Oktober 1982), und welche Kabinettsbeschlüsse und Verhandlungsergebnisse mit den Bundesländern liegen dieser veränderten Haltung zugrunde?
147. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD) Wie viele künftige Fernmeldehandwerker, die im Bereich der Oberpostdirektion Frankfurt am Main im Sommer 1983 ihre Ausbildung beenden, können anschließend als Fernmeldehandwerker übernommen werden, erhalten ein Angebot für eine Tätigkeit im Postdienst oder haben keine Chance, nach ihrer Ausbildung bei der Deutschen Bundespost zu arbeiten?
148. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD) Wie stellt sich in der Oberpostdirektion Frankfurt am Main die Situation zwischen den im Sommer 1983 neu ausgebildeten Fernmeldehandwerkern und dem Bedarf im einzelnen dar?
149. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU) Wann gedenkt der Bundespostminister die „Telebox“ — also das elektronische Postfach, das von seinem Inhaber mittels Terminal über ein Leitungsnetz auf Abruf entleert werden kann — in der Bundesrepublik Deutschland anzubieten?
150. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß in letzter Zeit vermehrt in Polen und in der DDR aufgegebene Briefe den Empfänger in der Bundesrepublik Deutschland nicht erreichen, und was gedenkt sie dagegen zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

151. Abgeordneter
Tietjen
(SPD) In welcher Höhe sind in den Jahren 1969 bis 1981 insgesamt Finanzmittel des Bundes (Städtebauförderungsgesetz, Sonderprogramme) für Ostfriesland und das Emsland zur Verfügung gestellt worden?
152. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Wird die Bundesregierung den Raumordnungsbericht 1982 verspätet vorlegen, weil sie davon ausgeht, daß durch ihre Amtsübernahme sich die räumliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland kurzfristig ändern wird, oder sieht die Bundesregierung in der Darstellung der räumlichen Entwicklung des Bundesgebiets soviel parteipolitisches Konfliktpotential, daß sie den vorgefundenen Entwurf der alten Bundesregierung nicht übernehmen konnte?
153. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Ausweisung von Bauland zu Preisen von mehr als 200 DM pro qm in Verdichtungsgebieten einer durchschnittlich verdienenden Arbeitnehmerfamilie mit Kindern die Eigentumsbildung noch ermöglicht, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie daraus?

154. Abgeordneter
Poß
(SPD) Wie hoch sind die — in die finanzwirtschaftlichen Jahresdurchschnittswerte aller Wohnungsbauausgaben 1983 und 1984 für die Bundesbeteiligungsquoten (vergleiche Plenarprotokoll der 131. Sitzung, Seite 8175) eingegangenen — Beteiligungsquoten des Bundes für die drei Programmteile des Sonderprogramms zur Belegung des sozialen Wohnungsbaus und der Baunachfrage in diesen Jahren, über das noch mit den Ländern eine Verwaltungsvereinbarung abzuschließen ist?
155. Abgeordneter
Poß
(SPD) Wie hoch wird die Beteiligungsquote für dieses Sonderprogramm bei den einzelnen Bundesländern für 1983 sein?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

156. Abgeordneter
Dr. von Bülow
(SPD) Kennt die Bundesregierung das Programm der französischen Regierung zur Entwicklung der französischen informationstechnischen Industrie (filière électronique)?
157. Abgeordneter
Dr. Schacht-
schabel
(SPD) Welche öffentlichen Mittel stellt die französische Regierung privaten und staatlichen Unternehmen im Zeitraum der Jahre 1982 bis 1986 zur Verfügung für Förderung im Bereich der Mikro- und der Unterhaltungselektronik, und wieviel Förderungsmittel hat die Bundesregierung in diesem Zeitraum für dieses Gebiet veranschlagt?
158. Abgeordneter
Dr. von Bülow
(SPD) Trifft es zu, daß es das erklärte Ziel der französischen Regierung ist, durch massive staatliche Förderung und eine national orientierte gezielte Industriestrukturpolitik zur führenden Industrienation in Europa auf dem Gebiet der Elektronik und Informationstechnik zu werden, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

Bonn, den 3. Dezember 1982

